

mitten drin

Ausgabe 10 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

DER NACHFOLGER

Oft wurde das Bild mit den großen Fußstapfen als Gleichnis herangezogen. Große Fußstapfen, die Katrin Lompscher hinterlassen hat, als sie am 2. August als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen zurücktrat. Ein Rücktritt, der ebenso unerwartet wie auch schmerzhaft daherkam. Mit Katrin Lompscher verbanden die Berlinerinnen und Berliner die Hoffnungen auf einen Wechsel in der Wohnungs- und Mietenpolitik, der nach Jahren der Problemignoranz dringend nötig war.

In diese Fußstapfen trat Sebastian Scheel, der bisherige Staatssekretär für Wohnen. Und er tat es geräuschvoll. Auf dem Landesparteitag der Linken am 22. August legte er dar, was die Menschen dieser Stadt von ihm zu erwarten haben und würdigte die Politik seiner Vorgängerin mit den Worten: „Katrins Vermächtnis wird diese Stadt nachhaltig prägen und ich betrachte es als meine Aufgabe, dieses Vermächtnis nicht nur zu bewahren, sondern durch eine konsequente Fortführung ihrer Politik zu ehren. Denn bei all dem Dank, den wir Katrin für ihre geleistete Arbeit

aussprechen, bin ich mir sicher, dass sie es als größten Dank empfinden würde, wenn wir gemeinsam als Partei, Fraktion, Senatorinnen und Senatoren ihr Ziel von einer bezahlbaren und lebenswerten Stadt Berlin für alle erreichen. Gleichwohl wird der Weg dorthin kein Selbstläufer.“

Scheel nennt es ein Märchen, dass marktgerechte Baupolitik allein schon irgendwann für niedrige Mieten sorgen würde. Das komplette Marktversagen auf diesem Gebiet gibt ihm Recht. Vielmehr steht er für eine Politik, die auf verschiedenen Ebenen eingreift und umsteuert, wenn Spekulation und Preistreiber die Gering- und Normalverdiener aus der Stadt zu vertreiben drohen.

Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin, der sogenannte



Bild: Ben Gross

Sebastian Scheel

Mietendeckel, ist dabei nur einer von vielen Mosaiksteinen. Doch es ist das ambitionierteste Vorhaben, das jemals in der Geschichte der BRD von einer Landesregierung erarbeitet bzw. von einem Landesparlament

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Zwei wichtige Kitavorhaben – warum klemmt`s dabei?

Die BVV hatte für den Vorschlag der LINKEN gestimmt – Wallstraße 32 und Seestraße 11 bekommen ihre Kita. Aber nun ist von „bezirksinternen Unstimmigkeiten“ zu hören. An der Realisierung wird indes schon gearbeitet. Wat nu?

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Rassismus wächst und wächst – wo ist seine Quelle?

Die liegt keineswegs im Dunkeln. Man muss nur gründlich genug hinschauen. Arthur Paul hat das getan. Mit einem zupackenden Griff in die deutsche Geschichte. Und er weiß auch, warum blutige Tatsachen ungeniert schnell „vergessen“ werden.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

30 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 – knapp bilanziert

Die Festredner werden am 3. Oktober 2020 von einer Erfolgsgeschichte schwärmen. War sie das so uneingeschränkt? Das kann bezweifelt werden. Vielleicht wurde damals eine historische Chance für Europa und das vereinte Deutschland vertan ...

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wohin fährt die S-Bahn? Pro und Contra der Ausschreibung am Donnerstag, den 22. Oktober um 19 Uhr via Zoom

mit Tobias Schulze (MdA) und Ava Matheis (BO Wedding und Bündnis Eine S-Bahn für Alle),

Moderation: Martha Kleedörfer (BO Wedding)

Teilnahme via <https://us02web.zoom.us/j/81148059395>



DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Umweltbildung zum Anfassen

Vom 29. August bis zum 8. September fand mit Unterstützung des Bezirksamts Mitte und weiteren Förderern auf dem Otto-Spielplatz in Moabit das „FestiWal“ statt, die Moabiter Bildungs- und Aktionswoche zu Wasser, Plastik und mehr.

Die Mitarbeitenden des Otto-Spielplatzes haben sorgfältige Vorkehrungen getroffen, um einen pandemiegerechten Betrieb und Ablauf für alle Interessierten zu ermöglichen. Seither lag echte FestiWal-Stimmung in der Luft.

Im Zentrum der Bildungs- und Aktionswoche stand ein Wal: „pla pla! plastik und plankton“ war eine begehbare Installation aus Holz und Plastikmüll, in der sich die Besucher*innen über den immensen Plastikverbrauch und die damit einhergehenden Folgen für unser Ökosystem informieren konnten.

Der Werkstoff Plastik gilt mittlerweile als ebenso große Gefahr wie das Treibhausgas Kohlendioxid. Von alleine lösen wird sich das Problem nicht – im Gegenteil: Weltweit wird immer mehr Plastik produziert und weggeworfen. Doch jede*r von uns kann dabei helfen, die Meere und die Umwelt sauberer

zu halten, denn unser Konsum- und unser Wegwerfverhalten hat mehr Einfluss als wir es uns manchmal vorstellen:



Aktionswoche auf dem Spielplatz

- Brauche ich gewisse (Einweg-)Dinge überhaupt?
- Kann ich Dinge wiederverwenden?
- Sind Dinge wenigstens wiederverwertbar und wie muss ich sie hierfür richtig entsorgen?

Diese Überlegungen und die „kleinen“ alltäglichen Entscheidungen können schon bei der Problemlösung helfen.

Orte wie der Otto-Spielplatz und Anlässe wie das FestiWal helfen für solche Umweltthemen zu sensibilisieren und zum kreativen Nachdenken anzuregen.

Kinder, Betreuer*innen, (Groß-)Eltern und Anwohner*innen waren vorfreudig und konnten es kaum erwarten, den Bauch des Wals zu erkunden. Bereits nach der ersten Woche haben über 700 Besucher*innen die Ausstellung gesehen oder an dem Programm aus Bildungs- und Kulturangeboten teilgenommen.

Durch dieses Veranstaltungsformat wird eine breite Bevölkerungsschicht angesprochen, die sich normalerweise nicht für Wasser, Klima oder Nachhaltigkeit interessiert.

Mehr solcher Formate lohnen sich, denn sie setzen kreative Impulse und Ideen für den alltäglich gelebten Umweltschutz.

Ramona Reiser
Stadträtin für Jugend, Familie
und Bürgerdienste

Aus der BVV

Grünflächenamt verzögert Kita-Ausbau

Am 17. September 2020 fand die Bezirksverordnetenversammlung wieder in der Heilandskirche in Moabit statt, damit der Mindestabstand wegen des Coronavirus gewährleistet und die BVV in voller Besetzung tagen konnte. Es war das erste Mal seit Beginn der Pandemie, dass die BVV wieder bis 23 Uhr tagte.

Auf Antrag der Linksfraktion begann die BVV auch mit einer thematischen Stunde zu dem Thema, warum das Grünflächenamt den Kita-Ausbau verhindert. Die Kitabauvorhaben in der Wallstraße 32

und Seydlitzstraße 11 drohten, an bezirksinternen Unstimmigkeiten zu scheitern. Während bei den einzelnen Abteilungen in den Ämtern bereits großes Einvernehmen herrschte und an einem zügigen zeitlichen Ablauf für die Realisierung der beiden Vorhaben schon lange gearbeitet wurde, wurde auf der politischen Ebene durch die grüne Bezirksstadträtin Sabine Weißler blockiert, unkonkrete Hinderungsgründe wurden geltend gemacht. Petra Schrader, die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, sagt dazu:

Die BVV stimmte für unseren Antrag „Kitaplatzausbau jetzt – Vorhaben in der Wallstraße 32 und Seydlitzstraße 11 endlich umsetzen!“, nachdem Überweisungsanträge in den Ausschuss und ein wenig hilfreicher Änderungsantrag gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt wurden. In der Beantwortung der dazugehörigen Großen Anfrage hatte Frau Bezirksstadträtin Weißler zugesagt, beide Kitaausbaumaßnahmen nunmehr auf ihre „to-do-Liste“ nehmen zu wollen. Wir erwarten, dass in Mitte jetzt die

Schaffung neuer Kitaplatze endlich zur gemeinsamen Priorität des Bezirksamtes wird.

Damit sollte den Kitabauvorhaben in der Wallstraße und Seydlitzstraße nichts mehr im Wege stehen. Doch die Linksfraktion bleibt wachsam und wird prüfen, ob und wie die Bauprojekte umgesetzt werden.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE
in der BVV von Berlin-Mitte



**Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Verpasste Chancen – 30 Jahre nach dem 3. Oktober 1990

Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Einheit vollzogen. Die DDR war „Geschichte“. Aber mit der Geschichte muss sich beschäftigen, wer die Gegenwart verstehen und die Zukunft meistern will. Die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte allerdings unterblieb weitgehend. Was sich nicht unter die Leitparolen „Unrechtsstaat“ oder „Diktatur“ fassen ließ, was nicht „marktkonform“ war, wurde oft unter den Teppich gekehrt. Als habe es die DDR nie gegeben. Und deshalb möchte ich einen kritischen Rückblick halten.

In den Festreden zum 3. Oktober wird es heißen, die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte. Soziale Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, Zugehörigkeit zum Westen und zur NATO, die Eckpfeiler der alten Bundesrepublik haben sich bewährt, die DDR aber musste einfach scheitern. Wer so schwarzweiß malt, will von eigenen Versäumnissen und Fehlern ablenken. Also: Vor dreißig Jahren glaubte man an eine „Friedensdividende“. Der Kalte Krieg in Europa war vorbei, nun könnten alle Staaten in Frieden miteinander leben. Kurz darauf kam der Balkankrieg, die Bundeswehr war mit dabei. Heute nehmen die Spannungen wieder in gefährlichem Maße zu. Statt Friedensdividende ein neuer kalter Krieg gegen Russland und China. Eine verpasste Chance. Und die Bundesrepublik ist ganz vorneweg auch bei Rüstungsexporten.

Dass die Wirtschaft unseres Landes erfolgreich blieb, verdankt sie nicht nur dem Fleiß der arbeitenden Menschen, sondern auch einer gespaltenen Wirtschaftspolitik. Erst wurden viele Regionen Ostdeutschlands entindustrialisiert, danach wurden die Löhne, Gehälter und Renten unter

das Niveau der alten Bundesländer gedrückt gehalten. Noch immer existiert eine Gerechtigkeitslücke zwischen „West“ und „Ost“, sogar noch in Berlin. Dreißig Jahre dieser Politik haben Lebensleistungen ignoriert und beschädigt, jahrelang eine hohe Arbeitslosigkeit zwischen Saßnitz, Schöneweide und Suhl erzeugt. Die soziale und medizinische Infrastruktur, ein echter Pluspunkt der ehemaligen DDR, wurde abgebaut oder privatisiert. Dann noch Hartz-IV. Dass das Wohnen in Berlin so unmenschlich teuer geworden ist, verdanken wir dem Irrglauben, der „Markt werde es schon richten“. Auch hier also eine lange Reihe verpasster Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört zurück in die öffentliche Hand und hat keine Profitquelle zu sein.

Dass in unserem Land Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie etc. in erschreckendem Maße zugenommen haben, ist auch Ausdruck einer verbreiteten Verbitterung. Viele Menschen fühlen sich nicht ernst genommen und wenden sich ab. Die AfD und ihr Umfeld sind eine gefährliche Bedrohung für die Demokratie. 30 Jahre Einheit haben unsere Gesellschaft mindestens so sehr gespalten wie vereinigt. Die Suche nach falschen Autoritäten und die Verfolgung



Nach wie vor eine Gerechtigkeitslücke

Schwächerer sind zwei Seiten der gleichen Medaille: Es gibt viel zu viele Verlierer der Einheit. Der Historiker Prof. Dr. Günter Benser sagte unlängst: „Solange unter ‚deutsch‘ nur bundesdeutsch verstanden wird, ist es um die deutsche Einheit nicht gut bestellt.“

Viele Chancen wurden verpasst oder gar vereitelt. Das zu ändern geht nur mit einer konsequenten Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Versöhnung. Sie wird besonders von DIE LINKE erwartet.

Dr. Holger Czitrich-Stahl

(Vorsitzender des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, stammt aus Nordrhein-Westfalen und arbeitet seit 1992 in Berlin)

Fortsetzung von Seite 1: DER NACHFOLGER

verabschiedet wurde. Mit ihm wird ein Mietpreisrecht geschaffen, das die verheerenden Auswirkungen der Mietenexplosion der vergangenen Jahre nicht nur stoppen, sondern auch rückgängig machen und für die absehbare Zukunft verhindern soll. Kritiker werden nicht müde zu betonen, dass der Mietendeckel nicht eine neue Wohnung schafft und damit das Wohnungsproblem nicht lösen kann.

Das weiß natürlich auch Sebastian Scheel und kontert diese Kritik in seiner Rede so:

„Ja, auch der Wohnungsbau steht in unserem Fokus – jedoch nur unter den Leitlinien der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, des weitestgehenden Erhalts von Grünflächen und Kleingärten sowie einer behutsamen und nachhaltigen Ergänzung bestehender Nachbarschaften. Die

Vergangenheit hat gezeigt, dass dies nicht immer konfliktfrei geschehen wird – aber genau wie Katrin betrachte auch ich es als meine Aufgabe, diese Konflikte mit dem gebotenen Respekt aber auch der nötigen Zielstrebigkeit anzugehen.“

Mein Fazit: Mieterinnen und Mieter müssen sich nicht sorgen, Spekulanten schon.

Sven Diedrich

Menschen in Mitte

Pop Art Interieur im Stil von Edgar Rolf

Sein Porträt der französischen Schauspielerin Béatrice Dalle schmückt das „Café Suzie Mambo“ in der Veteranenstraße 16. Seine Visitenkarte krönt ein Pop-Art-Relief des Gesichts von Rockikone Mick Jagger. Edgar Rolf ist ein beeindruckender Kunstamateur, der mittels Laser und CNC-



Edgar Rolf

Technik nach digitalen Entwürfen die Antlitze von Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik sowie von Menschen des Alltags gestaltet. Die jüngsten Auftragswerke sind Bud Spencer und Van Gogh gewidmet.

Porträtfotos sind der Ausgangspunkt für den digitalen Entwurf auf dem Computer. In seiner Werkstatt in Berlins Mitte wird das Motiv gelasert und CNC-gefräst. Hunderte Einzelteile werden zu einem Acrylrelief des Gesichts oder ganzen Kopfes zusammengefügt und mit Premiumfarben coloriert. Auch fixiert er vielteilige Glaspuzzles auf Folie über einem Leuchttisch und schneidet daraus mit feinen Bandsägen und Glasschneidern die Angesichter. „Eine Heidenarbeit“ nennt das Edgar Rolf. Seine Wandbilder in der Größe von 90 x 90 sowie Türbeläge von 80 x 200 Zentimeter

entstehen mit sehr viel Mühe und großem Zeitaufwand. Jetzt freut er sich darauf, seine Werke in einer ersten Ausstellung in der Galerie und Café „Spinner und Weber“ in der Brüsseler Straße 37 präsentieren zu können.

Der 52-jährige gebürtige Rostocker wurde erstmal beim VEB Geodäsie und Kartographie Schwerin Vermessungstechniker. In Hamburg stellte er in einer Druckerei mit Siebdruck Werbemittel her. Nach fünf Jahren an der Alster zog es ihn 1994 an die Rostocker Warnow zurück. „Wieder zuhause fand ich einen für mich idealen Job auf der MS ‚Stubnitz‘, einem ehemaligen Kühlschiff der DDR-Hochsee-Fischfangflotte, das zu einem Kulturschiff für die verschiedensten Events umgebaut worden war. Unter anderem habe ich dort für die Besucher T-Shirts mit maritimen Motiven bedruckt.“

1998 packte den rührigen Kunstschaufenden der Wunsch, noch einmal richtig durchzustarten und seine künstlerischen und technischen Erfahrungen in einem für ihn neuen Kunstprojekt zu vereinen. Und nirgends woanders als in Berlin. Das Konterfei des Musikers der Kultband „Nirvana“, Kurt Donald Cobain, war sein allererstes Werk, das er dem Kinderhospiz „Sonnenhof“ für die jahrelange liebevolle Betreuung seines verstorbenen Sohnes schenkte.

„Jetzt widme ich Dreiviertel meines Lebens den Pop-Art-Bildern“, betont Edgar Rolf, entwirft, fräst, schneidet, sägt, coloriert. Auf seiner Homepage edge-pop.com oder bei Instagram [edgar_r_](https://www.instagram.com/edgar_r_) kann man ihn dabei verfolgen. Wer sich selbst, ein Familienmitglied, Freund oder Idol auf einem Bild oder auf einer Tür kunstvoll verewigen lassen will, kann sich bei Edgar Rolf melden: edgrsmail@web.de.

Matthias Herold



Kurznachrichten

► WTO: Strafzölle der USA gegen chinesische Waren illegal.

Die von den USA verhängten Strafzölle betragen bis zu 25 Prozent des Warenwertes. Sie werden für chinesische Güter im Umfang von 200 Milliarden Dollar erhoben. Das Schlichtungsgremium der UN-Welthandelsorganisation (WTO) erklärte, die USA hätten die Notwendigkeit des Schutzes ihres Marktes gegen unfairen Wettbewerb durch Zölle nicht ausreichend begründet. Was mag dem USA-Präsidenten dazu einfallen?

► DGB: Tiefgreifende Unterschiede zwischen Ost und West

Bei Löhnen und Renten bestehen nach dreißig Jahren immer noch große Differenzen. Der DGB-Chef macht dazu einen praktischen Vorschlag. Der Gesetzgeber brauchte nur sofort die gültigen Tarifverträge für die ganze Bundesrepublik in Kraft zu setzen. Das wäre ein guter und sehr hilfreicher Schritt. Der könnte dann auch Schule machen.

► Nicht mehr „nur Einzelfälle“, trotzdem „kein strukturelles Problem“

Das ist die Sicht des zuständigen NRW-Innenministers Reul (CDU), nachdem im Bundesland fast dreißig aktive und offenbar gut vernetzte Demokratieverächter und -bekämpfer ermittelt worden sind. Viele Bürger fragen: Wie viele Hakenkreuze und Hitlerbildchen in den Medien braucht es denn noch, damit endlich auch die tieferliegenden Strukturen aufgedeckt werden?

► Sind nicht alle rechtslastigen Konzerte laut genug?

Es geschieht offenbar nicht selten, dass die Verfassungsschützer weghören. Das Bundesamt für Verfassungsschutz nennt in seinem Jahresbericht zu niedrige Zahlen – für das Vorjahr ist die Rede von 311 solcher Veranstaltungen. Diese Antwort erhielt die LINKEN-Abgeordnete Ulla Jelpke. Sie konnte indes belegen, dass mindestens 372-mal solches Rechtsaußen-Täterätä veranstaltet worden war. Der Grund: Die Landesämter für Verfassungsschutz melden nur Konzerte, die öffentlich bekannt sind oder keiner „höheren Geheimhaltungsstufe“ unterliegen.

Bei anderen gelesen

► Wer Lücke sagt, will Nachrüstung

Jammern gehört zum kapitalistischen Geschäft. Wenn die Bundeswehr nicht mehr und schneller Geräte anschafft, gerät sie ins Hintertreffen. So lange es sie gibt, taugt daher die „Atomwaffen-, Panzer- oder sogar Raketen-Lücke“ wie das Ungeheuer von Loch Ness. Gemeint ist der Feind, der Russe oder Chinese hat irgendein Gerät, das wir nicht haben. „Die Lücke“ zu erkennen, gehört zum Pflichtprogramm der deutschen Kriegsminister und Kanzler. Wer „Lücke“ sagt, will „Nachrüstung“, also Hoch- und Totrüstungen, und erreicht stets eine höhere Atomkriegsgefahr. Es ist das gesellschaftliche System, das die Menschheit immer wieder in diese Lage bringt, denn es geht um Maximierung von Profit, und die Rüstungsindustrie bietet mit den höchsten. Wer Frieden will, muss ihre Enteignung fordern. Sie und ihre politischen Handlanger wollen Krieg, weil sie ihn brauchen.

„RotFuchs“, September 2020

► Bürger zweiter Klasse

Am 3. Oktober feiert die BRD 30 Jahre deutsche Einheit, und wie bereits nach 10, 20 oder 25 Jahren liegt abermals die Frage auf der Hand, ob zusammengewachsen ist, was laut dem verstorbenen Ex-Kanzler Willy Brandt zusammeng gehört. Die Erkenntnisse einer repräsentativen Onlineumfrage sind ernüchternd. 59 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung, wie Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Die Schwierigkeit des Zusammenwachsens ist laut dem Soziologieprofessor Stefan Mau von der Humboldt-Universität schon angelegt gewesen, bevor die Mauer fiel. Es gab keine Erfahrung mit anderen Kulturen und keine Fremdsprachigkeit. Gewandelt hat sich das bis heute nicht. Dennoch glauben zwei von drei Ostdeutschen, dass „Migration die deutsche Gesellschaft stärker verändert hat als die Wiedervereinigung“. Der Blick auf das, was 1989 geschah, ist in Ost und West ganz unterschiedlich. Ostdeutsche berichten von der Wende, die sie selbst durch ihre friedliche Revolution erkämpft haben, Westdeutsche von der Wiedervereinigung, deren finanzielle Last sie getragen haben. Beide Gruppen sind unzufrieden mit ihrer historischen Rolle. Vielleicht ist das Desinteresse der Nachgeborenen der Schlüssel zur Einheit. Es könnte mit ihnen eine Zeit anbrechen, in der die Menschen nicht mehr sortieren nach Ost und West.

„Der Spiegel“ Nr. 37, 05.09.2020

Brisanter Anstieg der Kinderarmut durch Covid 19 – Pandemie

Erschreckende Zahlen für Wedding und Gesundbrunnen

Interview mit Barbara Herzig-Martens (BHM)

Durch die Covid-19-Pandemie erhält die soziale Frage als Einkommensschere erneute Brisanz: Denn im alten Bezirk Wedding (Wedding und Gesundbrunnen) stieg jetzt die Arbeitslosigkeit sogar um 48 Prozent (Weddinger Allgemeine Zeitung vom August 2020). Resultat der hier verbreiteten prekären Arbeit, die jetzt zu Entlassungen statt Kurzarbeit führte. Du hast schon viele Jahre im Kinder- und Jugendbereich gearbeitet. Wie wirkt sich diese soziale Entwicklung auf die Kinder und Jugendlichen aus?



Barbara Herzig-Martens

BHM: Mittlerweile leben rund 66 Prozent, das heißt zwei von drei Kindern und Jugendlichen im alten Bezirk Wedding, von Transferleistungen wie Hartz IV, also in einer tiefgreifenden Mangelsituation.

Es sind aber nicht allein die materiellen Einschränkungen, die die Kinder ertragen müssen. Auch das schulische Fortkommen ist deutlich reduziert. Die Corona-Krise hat Nachteile im Rahmen der Digitalisierung und der Elternverantwortung nochmals verstärkt. Laut OECD-Report ist das Bildungssystem hierzulande ohnehin ausgesprochen undurchlässig und unterfinanziert.

BHM: Armutserfahrungen haben insgesamt weitreichende Folgen für das Aufwachsen und die Teilhabechancen von Kindern. Sie nehmen auch seltener an Freizeitaktivitäten und Angeboten organisierter Gruppen teil als junge Menschen in einkommenssicheren Familien. Die Kinder reagieren auf die schlechte materielle Situation häufig mit seelischen und körperlichen Krankheiten und Entwicklungsproblemen. Besonders deutlich zeigen sich ein geringes Selbstwertgefühl und vor allem eine weitverbreitete Scham.

Du hast schon öfter betont, dass das Thema Kinderarmut noch mehr als bisher ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der Linken auch in Berlin werden sollte?

BHM: Ich schlage eine Landesarbeitsgemeinschaft mit diesem Schwerpunkt vor, denn eine Gruppe von Menschen ist oft klüger als ein Einzelner. Meine Idee ist es u.a., ein Bündnis mit linken Kinderorganisationen (SJD die Falken, Naturfreundejugend, linke Pfadfinder) und Gewerkschaften zu suchen. Linke Kinder-Organisationen können die Kinderarmut nicht beseitigen. Sie können jedoch eine kulturelle und gesellschaftliche Bildung vermitteln und entsprechende Initiativen vorbereiten. Die weitverbreitete Scham der Heranwachsenden könnte sich in Solidarität und in ein neues „Klassenbewusstsein“ verwandeln. Für eine sozialistische Partei wie DIE LINKE eine immense kritische Kraft.

Das Interview für Mittendrin führte
Rainer Scholz

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Wo flanieren wir künftig in Berlin?

Vielleicht in der Bergmannstraße und Kastanienallee? Kaum in der Friedrichstraße. Nur wenn gewohnt wird, lässt sich großstädtisch wie im Kiez hin- und zusehen, einander erkennen, sitzt, steht, geht, plaudert, genießt man das öffentlich. Friedrich, der Flaneur?

Motto für 700 Meter vorübergehend autofreie Friedrichstraße, Rad- und E-Tretroller eilen jetzt ungestört. Wer hier arbeitet, spaziert nicht, wer spaziert, hat den Bürgersteig, aber will mehr. Visionär ist nichts, auch nicht, dass Straßentische und Stühle den Umsatz steigern, das Wetter bestimmt, ob 14 Cafés Getränke, Kuchen, Sandwich, Eis, Snacks drinnen oder draußen servieren, man Kaffee trinken, Zeitung lesen, mit Coffee to-go, Handy und Laptop auch in vier holzumrandeten großen Nischen sitzen, gar schlafen kann. Kippen treten sich fest. Das einzige Restaurant heißt „Auf die Hand“, bietet „Feinstes Fastfood“, drei sind es mit benachbartem Fischrestaurant und bayrischem „Maximilians“, Nebenstraßen bieten mehr. Grünes Statement: Vier Mini-Glashäuser, eins mit Kräutern, 65 Kübel-Bäume. Das Russische Haus bleibt Festung, die Schaufenster der Gegend zeigen teure Mode und Schmuck ohne Pfiff. Unterirdisch marmorne Ästhetik, für Boutiquen und Tee-Laden fehlen Kunden, „Lafayette“ punktet kulinarisch, Rewe

und Penny wie immer. Nirgends Flaneure in Zwirn und Hut, gelegentlich ein Anzug, die Damen in Jeans. Das Fahrrad ist König, gegen Staunen und die Zufallsbegegnung erzwingt die baustellengelb markierte Fahrbahn den Blick nach vorn. Friedrich, der Flaneur, geht früh schlafen, munter macht Stadtlust, urbane Energie, Neugier auf Nachbarn, Passanten, Lokale, Kinos, Buchläden, Tingeltangel, Oper, Bibliothek, Schloss, Konzerthaus, Hotels und Reklame. Hier kommt man nicht zufällig per Rad, ÖPNV, Auto, kaum zu Fuß an, hier wird kaum gewohnt, Café, Bierstube, Restaurant, Innenhof, Durchgang, Dussmann, Spree-Uferweg sind kaum tradiert. Was ändert sich, wenn die Tacheles-Passage fußläufig Friedrich- und Oranienburger verbindet? Hackescher Markt, Neue, Alte Schönhauser, Münzstraße, Scheunenviertel, verdrängte und erinnerte Vergangenheit, knallig junges Leben, poppige Restaurants, Kinos, Klamotten, Streetfoot sind sehr nah. Hier wohnen auch Alte und Einsame. Verschwunden aus der mittleren



Ruhepole im Großstadtgetriebe

Friedrichstraße ist nicht nur der klassische Flaneur, was fehlt ist die gemeine menschenvolle Stadt, sind Blumen, Licht, Lärm, Läden, Lokale... Schade? Schade! **Irene Runge**

Kultur wieder möglich und erfahrbar

Als im März dieses Jahres die durch die Corona Pandemie notwendig gewordenen massiven Eindämmungsmaßnahmen im Kulturbereich der Vorhang fiel, reagierten viele Kulturschaffende mit einem kurzen Moment der Schockstarre. Von einem Tag auf den anderen war Vielen, gerade aus dem Bereich der Freien Szene mit all ihren Freiberufler*innen, die Existenzgrundlage entzogen.

Was dann aber folgte war beeindruckend. Statt um das wenige zu kämpfen, gab es in der Kulturszene Berlins, von den großen Häusern bis zur Freien Szene, ein konstruktives Miteinander und die Bereitschaft, gemeinsam diese Krise zu bewältigen. Bis heute ist eine große Solidarität zu spüren, und die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen der Kulturszene, der Senatsverwaltung für Kultur

und Europa sowie den Kulturpolitiker*innen der Koalition funktioniert oft unbürokratisch und schnell.

Nach der ersten Welle der Soforthilfen, in der Berlin als einziges Bundesland den Künstler*innen und Kulturschaffenden auch die Finanzierung ihrer Lebenshaltungskosten ermöglichte, wird parallel an weiteren Hilfen für Kulturorte und Künstler*innen sowie an ersten Schritten hin zu einer Wiedereröffnung der Kultureinrichtungen gearbeitet. Mit der zum zweiten Mal ausgeschriebenen Soforthilfe IV sollen kleine bis mittlere nicht geförderte Kulturorte, die von Insolvenz bedroht sind, gerettet werden. Das hilft zum Beispiel Clubs und Kinos. Museen, Bibliotheken und Ausstellungen können bereits wieder besucht werden und aktuell hat die Berlin Art Week

gezeigt, wie gut das trotz Auflagen klappt. Künstler*innen wird mit 2000 Sonder-Stipendien die Möglichkeit finanziert zu arbeiten, eine Ausstellung der Ergebnisse dieser Projekte ist geplant. Auf der Plattform „Berlin(a)live“ können Konzerte, Lesungen oder Theaterstücke angesehen und die Künstler*innen durch Spenden unterstützt werden. Auch hier wird darüber nachgedacht, eine solche „Kulturplattform“ auszubauen und zu verstetigen. Kunst und Kultur in den Stadtraum bringt jetzt die „Initiative Draußen Stadt“. Seit September erhalten die Berliner Bezirke extra Geld, um Kulturveranstaltungen auf Plätzen, Straßen oder Grünflächen unbürokratisch zu ermöglichen. So kann Kultur für viele wieder möglich und erfahrbar werden.

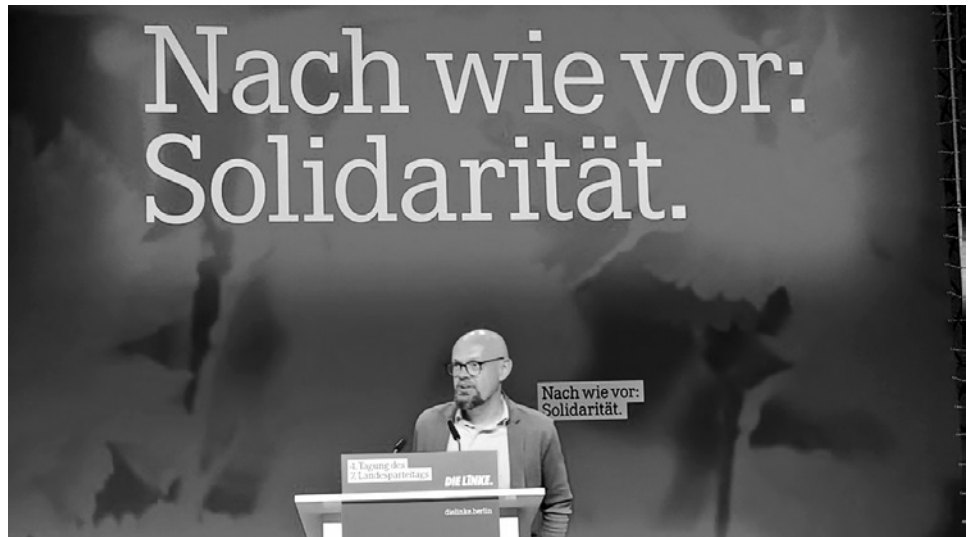
Imke Elliesen-Kliefoth

Aus dem Abgeordnetenhaus

Wann können wir endlich Menschen aus den Lagern in Griechenland holen?

Erschütternde Zustände herrschen in den Lagern auf den griechischen Inseln. Erst recht, seit das Lager in Moria abgebrannt ist. Die griechische Regierung hat diese Lager auf Geheiß der EU eingerichtet und setzt mit den schlechten Bedingungen und der blockierten Ausreise auf Abschreckung.

Berlin hat ebenso wie das rot-rot-grün regierte Thüringen frühzeitig Landesaufnahmeprogramme beschlossen. Viele Kommunen schlossen sich an. Diese Programme würden ermöglichen, Menschen direkt und schnell aus Griechenland zu holen und ihnen hier Schutz zu bieten. Allein die große Koalition im Bund, insbesondere Bundesinnenminister Seehofer, verbietet



Tobias Schulze



Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener** an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

den Ländern und Kommunen eigenständiges Handeln bei der Aufnahme von Geflüchteten. Leider hat auch der Bundesrat trotz insgesamt 11 Regierungen mit grüner Beteiligung eine Initiative von Berlin und Thüringen zur Änderung der entsprechenden gesetzlichen Grundlage abgelehnt.

Das zentrale Argument von den Gegnern im Bundesrat und im Bundesinnenministerium lautet, dass man die deutsche Flüchtlingspolitik nicht den Entscheidungen von Ländern und Kommunen überlassen könne. Zudem werde damit eine europäische Lösung erschwert.

Diese Argumente können nicht verdecken, dass es hier um einen politischen Konflikt geht. Wenn Menschen auf der Straße ohne Wasser und Nahrungsmittel vegetieren, wenn sie Abwasser trinken und sich Seuchen ausbreiten, dann müssen sie dort schnell raus. Wer auf eine europäische Lösung warten will, weiß, dass diese mit Ländern wie Ungarn, Tschechien oder Polen nicht kommen wird. Das heißt, „europäische Lösung“ ist in der akuten Situation nur ein Synonym für die Weigerung, schnelle Hilfe zu leisten.

Das Abgeordnetenhaus beschloss Mitte September, angesichts der verschärften Lage auf den griechischen Inseln, den Bundesinnenminister erneut um Erlaubnis für ein Landesaufnahmeprogramm zu bitten.

Ob diese erneute Bitte Erfolg hat, werden wir sehen. Seehofer hatte auch bisher alle Bitten Berlins, etwa aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, abgelehnt. Es ist so wichtig, weiter Druck zu machen, zu demonstrieren, um für die Menschen in Moria und anderswo endlich eine Lösung zu erreichen. Niemand darf zurückgelassen werden!

Tobias Schulze

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße
Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiassschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Das ist das Letzte

Niemand wird als Rassist geboren. Doch die Mehrheit der Deutschen wurde von der Nazidiktatur in diesem Geist erzogen.

Was Uroma und Opa, Lehrer und Dozenten nicht abgeschüttelt haben, plappern die Kinder nach. Hitlers Rassegesetze folgten bereits zwei Jahre nach seiner Berufung zum Reichskanzler. Der Aktenberg wurde zum Leichenberg. 1945 verlangten die Alliierten im Potsdamer Abkommen die Ausrottung des Nazismus. Inzwischen hatte man jenseits der Elbe 75 Jahre Zeit, das „braune Unkraut“ aus den Köpfen zu tilgen. Das begann dort aber nur lustlos und oberflächlich. So erübrigt sich die Frage: „Wo kommt das bloß her?“ Antwort: „Das wurde nie ausgeräumt!“ Im Gegenteil!

Als im Osten 12.807 Stützen des Nazireiches vor Gericht kamen, wurde in Bonn das 131-er Gesetz zur Wiedereinstellung der Nazi-beamten beschlossen, sofern ihnen nicht persönliche Straftaten nachzuweisen sind. So kamen u.a. 15 Minister und Staatssekretäre, 189 belastete Generalstäbler, 1.118 hohe Justizbeamte und Richter und 297 hohe Beamte der Polizei und Geheimdienstler in die Korridore der Macht am Rhein. Deren Musterschüler wurden dann die Ausbilder jener Kader, die heute als Oppositionsführer der AfD im Bundestag sitzen, oder als Verfassungsschützer ihren Korpsgeist pflegen, oder Leitlinien für die 17.000 Vollzugsbeamten der Berliner Polizei und Justiz erstellen. Der Berliner Senat ist für eine Analyse. Innenminister Seehofer nicht!

Im Juli 1989 zählte der Verfassungsschutz: 72 ultrarechte Organisationen mit 28.000 Mitgliedern und 9 Millionen Exemplaren verschiedener Publikationen. Die Straftaten wuchsen, da nur ein Zehntel bestraft wurde.

Schon 1981 warnte die SINUS-Studie Heidelberg: „5 Millionen Deutsche wollen wieder einen Führer haben. 13% der Bundesbürger haben ein rechtsextremes Weltbild. 39% sind für die Reinhaltung der Rasse!“ Ich bin für die Reinhaltung der Polizei! Wer das erschwert oder unterbindet, wahrt vielleicht das Dienstgeheimnis oder er weiß zu viel!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 23.09.2020

Ausgabetag für Nr. 11/2020 - 05.11.2020

Nur eine kurze Atempause für Karstadt am Leopoldplatz

Die Vereinbarung des Berliner Senats mit dem Signa-Konzern zum Erhalt von Karstadt am Leopoldplatz verschafft den Beschäftigten nur eine dreijährige Atempause. Vorerst sind ihre Arbeitsplätze gesichert und in der Müllerstraße bleibt ein wichtiger Anziehungspunkt bestehen.

um möglichst viele Projekte durchzusetzen. Während für die Neubauvorhaben der Konzern scheinbar unbegrenzt finanzielle Mittel hat, wird für den Erhalt der Kaufhäuser kein Geld eingesetzt.

DIE LINKE Berlin hat sich am 22. August auf ihrem Parteitag gegen die Vereinbarung



Noch eine Chance für das Kaufhaus in der Müllerstraße

Die Karstadt-Kaufhauskette war schon lange vor der Corona-Krise in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auf Grund von Managementversagen war das Unternehmen schon ab 2012 in Not geraten. Unter dem später verurteilten Konzernchef Thomas Middelhoff waren die Gebäude verkauft worden und mussten dann teuer zurück gemietet werden. Diese hohen Mieten konnten aber nicht erwirtschaftet werden. Obwohl die Beschäftigten mehrfach durch Lohnverzicht einen Beitrag für die Sanierung des Konzerns geleistet haben, ist die Situation des Unternehmens weiter schlecht.

Der Besitzer von Galeria Karstadt Kaufhof ist der Signa-Konzern und der zeigt wenig Interesse am Erhalt der Warenhauskette. Der Signa-Konzern ist ein ehemaliges Immobilienunternehmen und es geht der Geschäftsleitung in erster Linie um Standortentwicklung.

Für die zeitlich befristete Garantie für den Fortbestand eines Teils der Berliner Galeria Karstadt Kaufhof Warenhäuser soll der Signa-Konzern ein 130 Meter hohes Haus am Alex, zwei Hochhäuser am Kudamm und einen gigantischen Konsumtempel am Hermannplatz errichten dürfen. Besonders am Hermannplatz regt sich Widerstand vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und Anwohnern gegen den monumentalen Neubau im Stil des Baus von 1929.

Mit der geplanten Schließung von sechs von elf Standorten in Berlin wurde der Senat von Sigma massiv unter Druck gesetzt,

mit Signa ausgesprochen. Dazu sagte die Landesvorsitzende der Linken, Katina Schubert: „Signa hat den Senat erpresst, um seine Baupläne vor allem am Hermannplatz durchzusetzen“.

Um in den Bezirken weiterhin attraktive Einkaufsstraßen zu erhalten, braucht es die großen Warenhäuser. Wenn diese von den Eigentümern rücksichtslos plattgemacht werden, sollte hier durch staatliches Handeln eingegriffen werden, damit auch in Zukunft die Menschen im Wedding am Leopoldplatz und anderswo gut einkaufen können.

Thomas Licher,

Dipl. Ing. für Stadt und Regionalplanung

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 93. Peter Knoll
- Zum 88. Maria Seifert
- Zum 86. Ursula Mika
- Zum 84. Sonja Striegnitz
- Zum 83. Almuth Kilian, Helga Kreller
- Zum 82. Helga Giersch, Heinz Raddatz
- Zum 81. Gisela Zach, Klaus Eichler, Wilfried Jugl
- Zum 80. Lieselotte Gruner
- Zum 75. Hanna Kaukel
- Zum 70. Renate Liebsch, Georg Fehst
- Zum 65. Angela Berkheim-Kotzurek, Andreas Herbst